

SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 141

MÄRZ 2014

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

nach nun sechs Jahren und für jedes Stadtratsmitglied rund 300 Stunden Stadtratssitzungen, über 1000 Stunden Ausschusssitzungen, über 250 Fraktionssitzungen, unzähligen Bürgergesprächen und über 2000 Anträgen und Anfragen, geht in wenigen Wochen die laufende Stadtratsperiode zu Ende.

Ich sage aus fester Überzeugung: Wir hatten als SPD-Fraktion dabei immer Nürnberg und die Bürgerinnen und Bürger im Blick. Wir haben mit unserer Politik dazu beigetragen, dass Nürnberg eine beliebte und anerkannte Stadt ist. Wir haben es ermöglicht, dass Nürnberg eine soziale, gerechte und stets offene Stadt bleibt. Wir haben mitgeholfen, Nürnberg als interessante Stadt für Touristen weiter zu öffnen. Wir wollen, dass Nürnberg Nürnberg bleibt.

Darum wird es gehen, wenn am 16. März 2014 Stadtrat und Oberbürgermeister gewählt werden.

Die SPD wird auch in der nächsten Stadtratsperiode ein verlässlicher Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Gemeinsam mit Ihnen machen wir, was Nürnberg bewegt. **Deshalb meine Bitte: Gehen Sie am 16. März zur Wahl und unterstützen Sie Dr. Ulrich Maly und die SPD.**

Herzliche Grüße
Ihr



Christian Vogel
Fraktionsvorsitzender



SO WERDEN WIR NÜRNBERG SAUBERER UND SICHERER MACHEN



Immer wieder gibt es in Nürnberg Beschwerden über wilde Müllablagerungen, übervolle Mülleimer und Verunreinigungen. Diesen Problemen muss sich eine Kommune stellen. Ein kommunaler Ordnungsdienst ist aus Sicht der Nürnberger SPD-Fraktion jedoch keinesfalls geeignet, um Abhilfe zu schaffen. Vielmehr braucht es eine Vielzahl an Maßnahmen, um den einzelnen Problemen Herr zu werden.

Wir haben durchgesetzt, dass die Mülleimer in der Innenstadt häufiger geleert werden. In einem Versuch über sechs Monate hinweg, der von der SPD beantragt wurde, werden die Mülleimer nun dreimal statt zweimal am Tag geleert. Die Sauberkeit im öffentlichen Raum steigern wir mit einem Modellprojekt in Kooperation mit der NOA und dem Nürnberger Jobcenter. Teilnehmer eines Arbeits-

marktprojektes werden auf Plätzen und in Parks Aufgaben der Außenpflege und Gebietsaufsicht übernehmen. Das heißt, sie werden Verunreini-



gungen entfernen und zum anderen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Anwesenheit zur Einhaltung der städtischen Regeln anhalten. Durch dieses Projekt kann Langzeitarbeitslosen eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt gebaut werden.

Auch die Erhöhung der Sicherheit haben wir im Blick. Ein kommunaler Ordnungsdienst, der mit nur wenigen Befugnissen ausgestattet wäre, kann

diese Aufgabe nicht bewältigen. Aus unserer Sicht ist es daher nötig, den Streifen dienst der Polizei mit mehr Personal auszustatten. Denn nur die Polizei kann hoheitliche Aufgaben, wie das Feststellen von Personendaten ausführen.

Dies kann jedoch nicht auf kommunaler Ebene beschlossen werden. Aus diesem Grund hat die SPD im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, der 30 zusätzliche Polizisten für Nürnberg fordert.

Weitere Informationen: Lorenz Gradl; lorenz.gradl@stadt.nuernberg.de



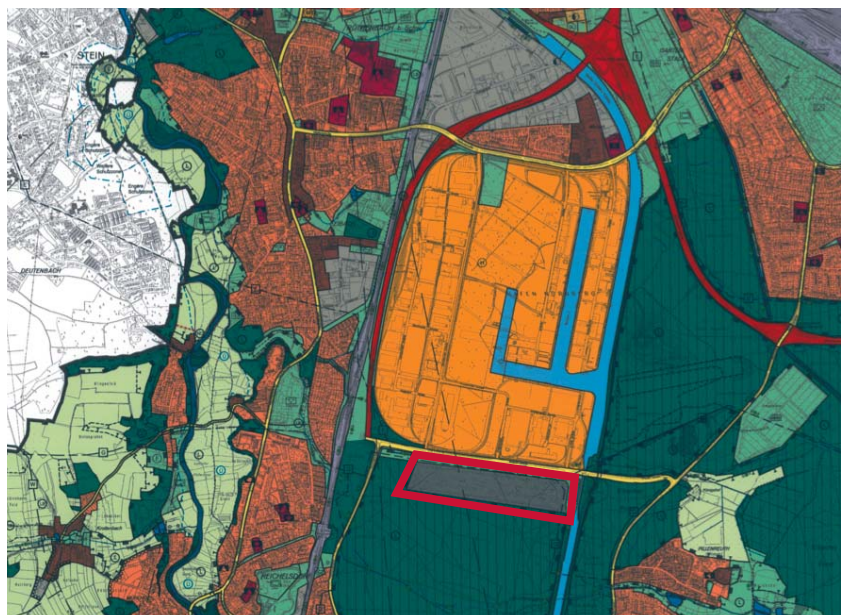
DER GESAMTE HAFENWALD SOLL BANNWALD WERDEN



Die Pläne für einen Industriehafen gehen auf das Jahr 1927 („Jansen-Plan“) zurück. Aber erst 1966 wurde zwischen der Stadt Nürnberg und dem Freistaat Bayern ein Vertrag über den Bau eines Hafens geschlossen. Südlich der Wiener Straße wurde damals eine Fläche mit ca. 130 Hektar als Hafenindustriegbiet Süd (HIG Süd) zusätzlich in die Planung aufgenommen. Im Zuge des Hafenausbaus Mitte der 1990er Jahre wurde die Ausweisung dieser Fläche als Bannwald eingeleitet. Im April 1997 beschloss die CSU allerdings, 30 Hektar des Areals für gewerbliche Nutzungen zu sichern. Die Inanspruchnahme sollte für neue Arbeitsplätze, konkret für Neuansiedlungen oder für einen arbeitsplatzintensiven Großinvestor, erlaubt sein. In der Kooperationsvereinbarung von SPD und CSU im Jahr 2002 wurde dies bestätigt.

Im Jahr 2005 wurde der Bebauungsplan für das Hafengebiet durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof jedoch aufgehoben. Grund war, dass der Lärmschutz für den Stadtteil Pillenreuth nicht ausreichend berücksichtigt worden war. Daraufhin

erfolgten umfangreiche schalltechnische Untersuchungen. Sie zeigten deutlich, dass der Lärm, der durch den Hafen und den Verkehr hervorgerufen



wird, bereits schon jetzt so stark ist, dass bei einer Inanspruchnahme der zusätzlichen 30 Hektar Gewerbefläche Grenzwerte, insbesondere in Pillenreuth, klar überschritten würden. Allein aus diesem Grund, aber auch aufgrund der grundsätzlichen Bedeu-

tung des gesamten Hafenwaldes als Naherholungsgebiet, hat die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, diese Gewerbefläche aus dem Flächen-

nutzungsplan endgültig herauszunehmen. Im nächsten Schritt fordert die SPD-Fraktion, das Verfahren zur Ausweisung als Bannwald einzuleiten, um damit den gesamten Hafenwald auf Dauer zu schützen.

Weitere Informationen: Gerald Raschke; raschke.gerald@t-online.de



MEHR SCHULDEMOKRATIE IN NÜRNBERG



Bereits 1990 wurde in Nürnberg ein Konzept zur Demokratie an Schulen diskutiert und dann vier Jahre später beschlossen. Das Konzept sollte Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen zahlreiche Möglichkeiten bieten, sich aktiv informieren zu können und Entscheidungsprozesse mitgestalten zu können. Es sollte Chancen und Motivation bieten, Betroffene über die Interessenswahrnehmung hinaus einzubeziehen und sich gemeinsam für „ihre“ Schule zu engagieren.

Seitdem hat sich vieles verändert. Sei es der Trend zur Ganztagschule, seien es SozialpädagogInnen, die das Schulleben mitgestalten oder seien es Beschlüsse des Stadtrates, wie den Schülermitverwaltungen auch ein Mitspracherecht im zuständigen Ausschuss zu geben. Es liegt uns in Nürnberg daran, Menschen zu befähigen ihre Lebenswelt zu gestalten. Unseres Erachtens ist die Schule hierfür ein zentraler Ort, um die Mitwirkungsmöglichkeiten zu erproben und auch um die Konfliktfähigkeit zu testen. Eine verwaltungsübergreifende

Arbeitsgruppe sollte deshalb das in die Jahre gekommene Konzept fort-schreiben. Dabei sollten Eltern, wie Lehrer und Schüler sowie alle pädagogisch im Umfeld der Schulen Arbeitenden einbezogen werden.

Erstrebenswert ist auch die Erstellung einer Broschüre, vergleichbar der ursprünglichen Ausgabe, die an alle Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Lehrerinnen an den Nürnberger Schulen ausgehändigt und eine Art Leitbild für Nürnberger Schulen darstellen soll.

Weitere Informationen: Anja Pröhl-Kammerer; spd@stadt.nuernberg.de



KONZERTSAAL AM AUGUSTINERHOF – WAHLKAMPFGETÖSE STATT GENUTZTER CHANCE



Für die CSU scheint es eines der wichtigsten Themen im aktuellen Kommunalwahlkampf zu sein: Der für Nürnberg angekündigte Konzertsaal soll auf dem Augustinerhof gebaut werden. Andere Optionen müssen nach Meinung der CSU offenbar gar nicht mehr geprüft werden. Mit dieser übereiligen Festlegung vertut die CSU viele historische Chancen. Die Nutzung des Altstadtgrundstücks ist bereits seit den 1980er Jahren ein heißes Eisen in der Noris. Die Pläne, dort ein Einkaufszentrum zu errichten, wurden per Bürgerbegehren gekippt. Seit dieser Zeit ist der Augustinerhof die bekannteste, unbebaute Fläche in Nürnberg.

Die 5.200 Quadratmeter in bester Innenstadtlage haben viel Entwicklungspotenzial. Im Februar hat die Stadt Nürnberg dem Eigentümer die Baugenehmigung für das Grund-

stück erteilt. Ein wichtiges Signal für die Stadtgestaltung der Altstadt.

Die Alpha-Gruppe will das Areal als innerstädtisches Quartier entwickeln. Ein Architekten-Wettbewerb für die Gestaltung des westlichen Tores zum Hauptmarkt wurde bereits durchgeführt. Geplant ist eine gemischte Nutzung des Geländes. Beabsichtigt ist, dort einen Gebäudekomplex zu errichten, der sowohl Platz für Wohnungen als auch für Dienstleistungsbetriebe, Büros und Hotels bietet. Mit einer so gemischten Nutzung, die vor allem auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger fokussiert ist, könnte der Bedeutung des Geländes gut Rechnung getragen werden.

Für die Standortfrage eines Konzertsaales gilt für uns das, was die Gremien des Stadtrates (mit den Stimmen der CSU) beschlossen haben: In einer Machbarkeitsstudie, die bereits



in Arbeit ist, wird analysiert, was für ein Saal benötigt wird und welche Standorte dafür geeignet sind. Wenn die Ergebnisse vorliegen, kann und wird entschieden werden.

Weitere Informationen: Christian Vogel; spd@stadt.nuernberg.de



ERFOLGREICHEN KAMPF GEGEN KINDERARMUT FORTSETZEN



Im Februar hat das Sozialreferat dem Sozialausschuss des Nürnberger Stadtrates über die Kinderarmut in Nürnberg berichtet. Die Rathaus-SPD ist der Meinung, dass der eingeschlagene Kurs zur Bekämpfung von Armutskarrieren weiter verfolgt werden muss. Auch wenn die städtischen Programme an den finanziellen Möglichkeiten der Familien nichts ändern können, eröffnen sie aber wichtige Chancen, damit kein Kind ausgeschlossen oder abgehängt wird. Wir arbeiten dafür, dass Bedingungen geschaffen werden, die den Kindern Chancen zur Teilhabe ermöglichen. Unser Ziel ist es, Armutskarrieren zu durchbrechen und letztendlich zu verhindern.

Mit dem städtischen Programm gegen Kinderarmut waren wir bundesweit Vorreiter und impulsgebend für viele Kommunen. Noch vor einigen Jahren waren Leistungen wie die Bezuschussung des Mittagessens in Kitas oder von Beiträgen für Sportvereine freiwillige Leistungen der Stadt oder spendenfinanziert. Nürnberg wird in einer Studie der Uni Bremen als beispielgebend hervorgehoben.

Das Arbeitsprogramm des Nürnberger Sozialamtes mit seinen zehn Handlungsfeldern baut aufeinander auf und ist miteinander vernetzt. Hier gilt es für die Zukunft, diese Präventionsketten weiter zu optimieren, um eine bestmögliche Förderung der Kinder zu erreichen.

Ganz wesentlich ist es, sich an den vorhandenen Ressourcen der Kinder zu orientieren und diese zu fördern. Ebenso wichtig ist es auch, die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und da, wo es nötig ist, an das vorhandene Hilfesystem heranzuführen. Ganz wichtig sind sogenannte „niederschwellige“ Angebote, die direkt im Stadtteil angeboten werden.

Es wird deshalb künftig eine zentrale Aufgabe sein, vermehrt jene Familien in prekären Lebenssituationen für die Angebote des Präventionsprogramms zu sensibilisieren, die bisher nicht erreicht wurden.

Weitere Informationen: Gabriele Penzkofer-Röhrl; gabi.penzkofer-roehrl@odn.de



WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR NÜRNBERG – BAUSTEINE FÜR AUFBRUCH UND INNOVATIONEN

In der zu Ende gehenden Ratsperiode hat die SPD-Fraktion viele wirtschaftspolitische Impulse in der Stadt gesetzt. Sie hat Initiativen angestoßen und neue Veranstaltungsformate entwickelt. Denn auch wenn Nürnberg in den Zukunftsbranchen gut aufgestellt ist, gibt es noch viel zu tun. So reichen beispielsweise die drei stark frequentierten Gründerzentren nicht mehr aus. Insbesondere im IT-Bereich ist der Bedarf groß, weshalb wir ein weiteres Existenzgründerzentrum im Nürnberger Westen fordern. Als Standort böte sich das ehemalige Quelle-Areal an.

Forschung und Entwicklung sind der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, weshalb die regionale Innovationskraft weiter gestärkt werden muss. Nur so können wir uns dauerhaft im Konzert der europäischen Metropolregionen behaupten. Das Profil Nürnbergs als Wissenschaftsstadt muss des-

halb gestärkt werden. Zielsetzung muss sein, durch gezielte Ansprache und



Kommunikation weitere Forschungseinrichtungen und WissenschaftlerInnen nach Nürnberg zu holen.

Des Weiteren stehen der Aufbau eines Kultur- und Kreativzentrums, die Einrichtung von Datenbanken für Führungskräfte und für Frauen, die als Aufsichtsräte infrage kommen, auf der Agenda sowie der wirtschaftsfreundli-

che Ausbau der Stadtverwaltung. Alle städtischen Dienstleistungen für Unternehmen sollten schnell und unkompliziert erledigt werden. Abgesehen von der Bestandspflege ist es auch wichtig, junge Unternehmen für den Standort Nürnberg zu gewinnen.

In Kooperationen mit den bei uns ansässigen Hochschulen und großen Unternehmen könnten sich Hochschulabsolventen und qualifizierte Job-suchende, die bei einer Stellenvergabe auf dem zweiten oder dritten Platz gelandet sind, direkt in eine speziell eingerichtete Datenbank („Talentpool“) registrieren lassen. Darin könnten sie von interessierten Arbeitgeberin schneller gefunden werden. Eine Abwanderung aus unserer Region könnte damit verhindert werden.



Weitere Informationen: Katja Strohacker und Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de

SPLITTER AUS DEN STADTTTEILEN

STEINBÜHL: Die SPD-Fraktion fordert, die Voraussetzungen für die Fortführung des Bürger- und Informationsbüros am Aufseßplatz zu schaffen. Für die Südstadt ist es unabdingbar, dass die Arbeit lückenlos fortgesetzt wird.

NÜRNBERG/MUGGENHOF: Die SPD-Stadtratsfraktion fordert, den Deutschen Alpenverein bei der Standort-suche für das neue Kletterzentrum zu unterstützen. Als Standort böte sich das ehemalige Quelle-Areal an.

MUGGENHOF: Die SPD beantragte, für Jugendliche den bislang eingezäunten Schulsportplatz in den Pegnitzauen oberhalb von Muggenhof zu öffnen. Dabei sollte auch eine Zusammenarbeit mit dem neuen Kinder- und Ju-

gendhaus in Muggenhof geprüft werden.

ALTSTADT: Zur Aufwertung und gleichzeitigen Erinnerung sollte die Tucherstraße als historische, soziale und kulturelle Erinnerungs-Achse gestaltet werden. Damit könnte das „verlorene Stadtviertel“ und die Aufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

STEINBÜHL: Die SPD-Stadtratsfraktion beantragte, Gespräche mit dem Fördergeber im Bereich der Städtebauförderung aufzunehmen, mit dem Ziel, möglichst schnell Mittel für die Umgestaltung des Nelson-Mandela-Platzes zu erhalten. Zudem soll die Gelegen-

heit genutzt werden, ein würdiges Erinnerungssymbol für Nelson Mandela zu installieren.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE: Projektgruppe Straßenbäume des Bundes Naturschutz +++ Jahresempfänge der Vorstadtvereine und Kirchen +++ Sportlerehrung +++ Straßenkreuzer +++ Einweihung von Kinderkrippen +++ DGB Jahresauftakt +++ Symposium Zeppelintribüne +++ Empfang für eine Delegation aus Glasgow +++ Astronomische Gesellschaft +++ Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus +++ Schülersprecherkonferenz +++ Paritätischer Wohlfahrtsverband +++ Faschingsveranstaltungen